Nr. 100a
XXVIII. Jahrgang

Berliner Tageblatt

Parlaments-Ausgabe

Berlin
24. Februar 1899

Haus der Abgeordneten.

27. Sitzung vom 23. Februar, 12 Uhr.

Am Ministertische: Dr. v. Miquel und Kommissare.

Präsident **v. Kröcher** eröffnet die Sitzung mit geschäftlichen Mittheilungen.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Vereidigung derjenigen Mitglieder des Hauses, welche den verfassungsmäßigen Eid noch nicht geleistet haben.

Es sind die Abgg. Beuchelt (kons.), Gothschmidt (fr. Vp.), Dr. Heisig (Ctr.), Dr. Max Hirsch-Berlin (fr. Vp.), Hoheisel (Ctr.), Kerkhoff (natl.), Dreitling (fr. Vp.), Macco (natl.), Mottfeldt (b. k. Fr.), Dr. Moritz (Ctr.), Nitschwitz (natl.), Othaus (natl.), Graf Plettenberg-Lenhausen (Ctr.), Dr. Ringenberg (Ctr.), Sänger (Hosp. d. fr. Vp.), Schmidt-Eiberfeld (fr. Vp.), Stychel (Pole), Timmermann-Scheda (B. d. L.), Dorster (freis.), Werner (Antis.) und Dr. Wiemer (fr. Vp.).

Die Vereidigung wird in üblicher Weise vollzogen.

Die **zweite Berathung des Etats** wird bei der gestern abgebrochenen Berathung über den Etat des **Finanzministeriums,** Titel „Diensteinkommensverbesserungen für Unterbeamte 2c." fortgesetzt.

Mit der die Berathung über die Denkschrift des Finanzministeriums betreffend Diensteinkommensverbesserungen für Unterbeamte und einzelne Kategorien von mittleren Beamten verbunden war.

In der darüber fortgesetzten allgemeinen Berathung erhält weiter das Wort

Abg. **Felisch** (kons.).

Derselbe bleibt völlig unverständlich, da er am Fuß der rechten Treppe zu den Konservativen spricht.

Abg. **v. Bornstedt** (kons.)

erklärt, daß seine politischen Freunde an der Gehaltserhöhung für Oberwachtmeister festhielten.

Abg. **Broese** (kons.)

schließt sich dem Vorredner an und schildert die ungünstigen Wohnungsverhältnisse der Unterbeamten.

Abg. Dr. **Hahn** (Bund der Landwirthe)

verlangt eine Neueintheilung der Orte nach Servisklassen. Preußen müsse unabhängig vom Reich vorgehen.

Die Abgg. **Boecker** (freis.) und **Riepenhausen** (kons.)

verlangen Besserstellung der Gendarmen.

Finanzminister Dr. **v. Miquel:**

So freundlich man auch zu den Wünschen der Beamtenschaft stehen mag, so müssen wir uns doch davor hüten, unseren Besoldungsplan zu durchlöchern. Dann wäre das Ende solcher Forderungen nicht abzusehen. Der wunde Punkt bei den Gendarmen ist die Wohnungsfrage. Wird diese gut geregelt, so hat man mehr für sie gethan als durch eine Zulage von 100 Mark. Ich hoffe, daß wir hier eine Erleichterung schaffen können. Auch der Minister der öffentlichen Arbeiten wird auf diesem Gebiete weiter vorgehen. Ferner kommt eine Erleichterung durch die Stellenzulagen in Betracht. Die sozialpolitische Gesetzgebung des Reiches hat die Wichtigkeit dieser Fragen erkannt, ihre Organe machen, wie bekannt, neuerdings Anstrengungen auf diesem Gebiet. Das Eintreten der Herren Abgeordneten für die kleinen Beamten ist gewiß gut gemeint; aber einige Vorsicht ist doch geboten. Einmal wünschten gewiß die kleinen Gewerbetreibenden auch eine Erhöhung ihres Einkommens. Zum anderen haben diese Reden eine Rückwirkung auf die kleinen Beamten. Ich bekomme keine Petition, sie mag noch so unbegründet sein, die sich nicht auf Aeußerungen der Herren aus dem Hause beruft und annimmt, das ganze Haus stehe hinter dieser Aeußerung, und nur die böse Staatsregierung allein gönne den Beamten nichts. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. **Hahn** (Bund der Landwirthe):

Der Besoldungsplan hat doch noch recht große Mängel und Ungleichheiten, die Unzufriedenheit schaffen. Das ist im Interesse der so königstreuen Beamten, wie die Gendarmen sind, doch recht bedauerlich.

Finanzminister Dr. **v. Miquel** (schwer verständlich):

Unser Besoldungsplan ist noch nicht vollständig durchgeführt. Wir werden eine gleichmäßige Durchführung der Alterszulage durch die ganze Monarchie in erneute Erwägung ziehen, und dabei werden etwaige Ungleichheiten verschwinden.

Abg. **Schmidt**-Warburg (Ctr.):

Ich weiß sehr gut, daß andere Berufe, wie zum Beispiel die kleinen Landwirthe, schwer um ihr Dasein zu kämpfen haben. Andererseits muß ich doch daran erinnern, daß wir uns bei der Erhöhung der Gehälter der höheren Beamten keine Beschränkung in unseren Wünschen auferlegt haben. Deshalb werden wir auch jetzt fordern, was wir für nöthig halten.

Abg. **v. Bornstedt** (kons.)

empfiehlt eine Erhöhung der Wohnungsgeldzuschüsse.

Abg. **Hausmann** (natl.)

verlangt bessere Wohnungen für die Gendarmen und bessere Diensträume.

Abg. Dr. **Hahn** (Bund der Landwirthe)

unterstützt den Wunsch.

Das Haus tritt in die Einzelberathung der der Denkschrift angefügten Nachweisungen der Besoldungsklassen der Unterbeamten und einzelner Kategorien der mittleren Beamten ein.

Eine Reihe von Positionen giebt zur Erörterung keinen Anlaß.

Beim Titel **„Oberwachtmeister der Landgendarmerie"** bemerkt

Finanzminister Dr. **v. Miquel:**

Die Budgetkommission hat eine Erhöhung der entsprechenden Etatstitel beantragt mit der Maßgabe, daß die Gehälter der Oberwachtmeister der Landgendarmerie vom 1. April 1899 ab auf $\frac{1500 - 2000}{1750}$ Mark erhöht werden sollen. Die Regierung kann diesem Antrage zustimmen. (Beifall.)

Der Antrag wird **angenommen.**

Beim Titel **„Telegraphisten"** tritt

Abg. **Pletz** (Ctr.)

für eine Verbesserung der Eisenbahntelegraphisten ein.

Die Abgg. **Reichardt** (natl.) und **v. Knapp** (natl.)

empfehlen Besserstellung der Telegraphisten und Telegraphistinnen. Die Bedingungen der Uebernahme von Telegraphistinnen in höhere Stellen bedürften einer Aenderung.

Abg. Freiherr **v. Gynatten** (Ctr.) und Abg. **Lotichius** (natl.)

befürworten gleichfalls eine Besserstellung.

Ein **Regierungskommissar**

erklärt, den Telegraphistinnen sei eine Uebernahme in höhere Stellen nicht erschwert; sie könnten sich alle zur Prüfung stellen, durch die sie die Anwartschaft erwerben. Die Uebernahme geschehe lediglich auf Grund der Befähigung.

Abg. **Seer** (natl.):

Ich bin schon früher für die Eisenbahntelegraphistinnen eingetreten und möchte das auch heute nachdrücklich thun.

Der Titel wird **genehmigt.**

Beim Titel **„Werkführer"** bemerkt

Abg. **Schmidt**-Warburg (Ctr.):

Die Regierung erklärt, den Eisenbahntelegraphisten sei der Zugang zu den Stellen der Eisenbahnstationsassistenten möglich. Diese haben also wenigstens eine Aussicht, weiter zu kommen. Den Kanzleigehilfen bleibt nicht die gleiche Hoffnung. Die Werkführer bedürfen dringend der Berücksichtigung.

Abg. **Goldschmidt** (fr. Vp.):

Ich möchte eine Besserstellung der Telegraphisten und insbesondere der Werkführer befürworten. Das Maß der allgemeinen Bildung, das von ihnen verlangt wird, und die Anforderungen ihrer Examina rechtfertigen durchaus eine Höherstellung, wie sie die Inspektionsbeamten empfehlen. Ich beantrage, für die Werkführer die Gehaltssätze von 1200 bis 1800 auf 1300 bis 2200 Mark zu erhöhen, und zwar in 4 Stufen von je drei Jahren, und zugleich diese Beamtenkategorie aus der Abtheilung V in die Abtheilung IV des Wohnungsgeldzuschusses zu versetzen.

Ein **Regierungskommissar**

erwidert: Diese äußerst schwierige Frage der Aufbesserung der Bezüge unten und dieser Werkführer im Besonderen können Inspektionsbeamte nicht richtig beurtheilen. Dazu gehört eine eingehende Kenntniß der Verhältnisse im ganzen Lande. Es geht nicht an, eine einzelne Kategorie herauszugreifen.

Geheimer Oberfinanzrath **Lehnert:**

Der Antrag Goldschmidt ist unannehmbar. Wollten wir die Werkführer aufbessern, müßten wir die ganze Kategorie, wohin sie gehören, ebenfalls berücksichtigen, und das sind 12,000 Beamte. Der Wohnungsgeldzuschuß richtet sich überdies nach dem Range der Beamten, diesen aber zu erhöhen, ist weder das Haus noch die Regierung in der Lage, das gehört zur Prärogative der Krone. Der Antrag geht also über die Befugniß des Hauses hinaus. Ich bitte, den Antrag zurückzuziehen, beziehungsweise das Haus, ihn abzulehnen.

Abg. **Kopsch** (fr. Vp.)

beantragt, das Gehalt der Telegraphisten und Lademeister auf 1500 bis 2100 Mark, im Durchschnitt 1800 Mark, zu erhöhen. Mit der Hoffnung auf spätere Besserstellung könne er sich nicht begnügen. Doppelt gebe, wer schnell gebe.

Ueber die geschäftliche Behandlung der Anträge Goldschmidt und Kopsch entspinnt sich eine Erörterung zur Geschäftsordnung.

Abg. **v. Röller** (kons.):

Anträge, wie sie die Abgg. Kopsch und Goldschmidt jetzt eben gestellt haben, sind bei der zweiten Lesung an sich schon ungewöhnlich, jedenfalls aber unzulässig, wenn sie nicht auch die Summen angeben, wodurch sich die Positionen des Etats verändern, damit die Korrektur im Etat gleich vorgenommen werden kann. Nach § 27 der Geschäftsordnung können Anträge von Mitgliedern des Hauses, welche eine Geldbewilligung in sich schließen, sofern sie nicht durch Tagesordnung beseitigt werden, nur dann zur Abstimmung gelangen, nachdem eine Kommission mit ihrer Vorberathung betraut worden ist. Wir sind also nur in der Lage, die Anträge entweder durch Uebergang zur Tagesordnung zu beseitigen (Heiterkeit) oder sie der Budgetkommission zu überweisen, die vermuthlich wenig Neigung hat, sich noch einmal mit dem Gegenstande zu befassen.

Abg. **Richter** (fr. Vp.):

Diese Auslegung der Geschäftsordnung kann ich nicht für richtig halten. Ich habe selbst geholfen, diesen Paragraphen zu machen. Er bezieht sich auf den Fall, daß plötzlich eine ganz neue Frage an uns herantritt, aber ist dann nicht am Platze, wenn diese Frage in der Kommission ausgiebig durchberathen worden ist. Es würde ja doch ein komischer Zustand sein, wenn wir im Plenum blos Abstriche, aber niemals Zusätze zum Etat machen könnten. Ich halte diese Auslegung für neu und nicht richtig und ebenso nicht richtig, was Herr v. Röller von der kalkulatorischen Ausgleichung sagte. Die Ausgleichung findet sich bis zur dritten Lesung.

Abg. **v. Röller:**

Ich weiß nicht, ob der Abg. Richter damals schon im Hause war. (Abg. **Richter:** Ich bin seit 30 Jahren hier!) Dann bitte ich ihn, die Begründung des Antrages, der vom Abg. Lasker eingebracht ist, nachzusehen. Die Begründung ging dahin, daß nicht plötzlich in den Etat neue Summen hineingebracht werden sollten, deren Tragweite man nicht übersehen kann, um zu verhindern, daß das Haus überrumpelt würde. Das ist bei diesen Anträgen aber der Fall; wir können sie entweder der Budgetkommission überweisen oder sie durch Tagesordnung erledigen.

Abg. **Richter** (fr. Vp.):

Auch nach diesen Ausführungen meine ich, daß der § 27 der Geschäftsordnung nicht auf diese Anträge zutrifft. Die ganze Materie ist in der Kommission schon ausgiebig berathen worden, also nicht neu. Auch Erhöhungen der Posten sind angeregt worden. Ein Präzedenzfall ist übrigens 1897 bei den Besoldungsverbesserungen vorgekommen.

Abg. Frhr. **v. Zedlitz** (freik.):

Im 1897er Falle lagen, soweit ich mich erinnern kann, die Dinge doch insofern anders, als es sich um einen Antrag handelte, der in der Budgetkommission bereits materiell geprüft, dort aber abgelehnt war. Durch diese Anträge, die nur handschriftlich vorliegen, ist das Haus einigermaßen überrascht. Ueber die finanzielle Tragweite unterrichten uns die Antragsteller auch nicht. Uebrigens ist die Sache der großen Rederei nicht werth; wir können Tagesordnung beantragen, dann ist sie erledigt.

Abg. **Schmidt**-Warburg (Ctr.):

Ganz unvorbereitet sind wir doch nicht. (Sehr richtig!) Er waren allgemeine Erhöhungen in der Kommission beantragt, und in diesem Maße liegt doch das Minus der Antragsteller.

Abg. Dr. **Sattler** (natl.):

Aus dem Bericht der Kommission ersehe ich nicht, daß dort ein solcher Antrag vorgelegen hat. Insofern liegt es heute anders als in dem angezogenen früheren Falle. Der § 27 trifft also hier zu.

Berichterstatter Abg. **Wallenborn:**

Ein Antrag derart, wie sie hier gestellt worden sind, hat der Kommission nicht vorgelegen, wenn auch im Allgemeinen von Erhöhungen die Rede war.

Abg. **Richter** (fr. Vp.)

vertritt nochmals seine Auffassung.

Abg. Frhr. **v. Zedlitz** (freik.):

Ich beantrage, über die Anträge zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Dr. **Sattler** (natl.)

schlägt vor, die Frage der geschäftlichen Behandlung und der Auslegung gemäß der Geschäftsordnung dieser Anträge der Geschäftsordnungskommission zu überweisen.

Abg. **Richter** (fr. Vp.):

Ueber Motive kann nicht abgestimmt werden. Eine solche Entscheidung der Geschäftsordnungskommission könnte ich als eine materielle Erledigung der Frage nicht ansehen.

Damit ist die Erörterung zur Geschäftsordnung erledigt.

Finanzminister Dr. **v. Miquel:**

Ich erkläre nochmals, wie mein Kommissar es schon gethan hat, daß diese Anträge einen solchen schweren Eingriff in das ganze System unseres Besoldungsplans bedeuten würden, daß die Staatsregierung unter keinen Umständen darauf eingehen würde.

In der weiteren Berathung erwiedert auf eine Anfrage des Abg. Dr. Hahn (Bund der L.)

Geh. Oberfinanzrath **Lehnert:**

Für die Lootsen sei die Frist für die Erreichung des Höchstgehaltes so bemessen, daß sie nicht hinter anderen Beamten zurückständen.

Nach einer Bemerkung des Abg. **Schmidt**-Warburg (Ctr.) werden die Anträge Kopsch und Goldschmidt durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Für den Uebergang stimmen die beiden konservativen Parteien und ein Theil des Centrums. Der Abschnitt 5 der Denkschrift ist damit erledigt.

Bei Abschnitt 6, der die Beamten mit einem Gehalt von 1200 bis 1600 Mark umfaßt, wünscht

Abg. **Göbel** (Ctr.),

daß die Hallestellenaufseher erster Klasse den Stationsvorstehern einigermaßen gleichgestellt würden.

Abg. **Schmidt**-Warburg (Ctr.)

schließt sich dem Vorredner an, desgleichen Abg. **v. Strombeck** (Ctr.).

Abg. **Schulz** (fr. Vp.)

schildert den schweren Dienst der Grenzaufseher und verlangt eine höhere Aufbesserung. Es sei unter den Steuerbeamten eine gewisse Mißstimmung, weil man ihnen durch Erlasse das gemeinsame Petitionsrecht untersagt habe. Er beantrage, den Steueraufsehern ein Gehalt von 1200 bis 1800 Mark zu bewilligen.

Finanzminister Dr. **v. Miquel:**

Die königlich preußischen Beamten, namentlich die Zollbeamten sind viel zu klug, als daß sie ihre Freunde und Unterstützung blos finden in schönen Reden der einzelnen Abgeordneten oder in der Stellung aussichtsloser Anträge. (Heiterkeit.) Wir haben die Beamten vor Massenpetitionen gewarnt. Denn es ist ausgeschlossen, daß der Druck der Agitation, der diese Massenpetitionen hervorgerufen hat, eine Einwirkung auf die Regierung ausübt. Mir ist bei dieser Agitation unter anderem aufgefallen, daß ein Organ, welches von preußischen Beamten unterhalten wird, nicht blos vertrauliche amtliche Verfügungen abdruckt, sondern noch die Hoffnung hinzufügt, daß ihm noch mehrere solcher Aktenstücke zugehen möchten. Wenn die Leute glauben, durch diese Veröffentlichungen in einem solchen Organ ihres Vereins ihre amtliche Pflicht zu erfüllen, so werden sie darüber demnächst belehrt werden müssen. Der Vorredner hat allerlei Anschuldigungen gegen die Regierung vorgebracht. Ich würde es für richtiger gehalten haben, wenn man hier nicht blos leere Klatschgeschichten erzählte (Sehr richtig!) oder allgemeine Behauptungen ohne Beweis aufstellte. Wenn Begünstigungen einzelner Personen ungerechter Art oder ungerechtfertigte Berücksichtigungen vorkommen sollten, wissen die Beamten sehr wohl, wo sie Recht bekommen. Die Untersuchung wird dann schon erfolgen. Bis jetzt haben diese Erhebungen meist ergeben, daß die Behauptungen völlig unbegründet waren. Der Vorredner wird mich an Wohlwollen für die Steuerbeamten nicht übertreffen. Ich nehme es übrigens keinem Beamten übel, wenn er in angemessener Weise um Besserung seiner Verhältnisse petitionirt. Uebrigens sind die Beamten, für die hier gesprochen wird, 1890/91 um 11 Prozent aufgebessert, und in dieser Vorlage werden sie wiederum 11 Prozent aufgebessert, das sind im Ganzen über 20 Prozent. Dazu kommt noch die in Angriff genommene Wohnungsfürsorge. Die Darstellung der Verhältnisse der Beamten, die Herr Schulz gab, war richtig. Aber das können wir für eine ganze Reihe von Beamtenklassen, wenn auch nicht so schön, so doch ebenso richtig sagen. (Heiterkeit.)

Abg. Frhr. **v. Zedlitz** (freik.)

beantragt, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen mit Rücksicht auf die Rücksichtslosigkeit, daß solche Anträge erst im letzten Augenblick gestellt werden. Einen praktischen Erfolg könnten die Anträge nicht haben, selbst wenn sie vom Hause angenommen würden, denn der Finanzminister habe sie für unbrauchbar erklärt. Die Antragsteller haben, wie mir scheint, selbst nicht darauf gerechnet, daß sie angenommen werden. (Unruhe links.)

Abg. Dr. **Wiemer** (fr. Vp.):

Der Gegenstand ist erst gestern auf die Tagesordnung gesetzt worden, wir hatten nicht Zeit, die Anträge drucken zu lassen. Es handelt sich hierbei nicht darum, ein besonderes Wohlwollen für die Beamten zu bekunden, sondern um einen gerechten Ausgleich zwischen den einzelnen Klassen. Für eine Kategorie hat das Haus ja heute die Gehaltserhöhung mit Zustimmung des Ministers beschlossen. Weshalb soll das nicht auch mit unseren Anträgen geschehen können? (Beifall links.)

Finanzminister Dr. **v. Miquel:**

Wenn der Vorredner meint, es handle sich nicht darum, Liebe, Freundschaft und Wohlstimmen von einzelnen Beamtenklassen zu erhalten, so verweise ich ihn auf seinen Fraktionsgenossen, der seinen Antrag direkt als Zeichen des besonderen Wohlwollens hinstellte. Die Beamten sind viel zu klug, um sich durch solche Anträge einfangen zu lassen. Die Vorlage ist so eingerichtet, daß man nicht einzelne Kategorien von Beamten ausnehmen kann, um sie extra zu erhöhen. Man würde sie dadurch nur unzufrieden machen. Die Herren von der Linken setzen durch ihre Anträge die ganze Vorlage aufs Spiel, denn wenn noch neue Berathungen zwischen allen Ressorts beginnen sollten, würde die Vorlage in diesem Jahr nicht zu Stande kommen. (Beifall rechts.)

Auf eine Bemerkung des Abg. **Hornig** (kons.) bemerkt

Finanzminister Dr. **v. Miquel:**

Die Gehaltserhöhung sei nicht erst durch die Einwirkung des Reichstages in Fluß gekommen, sondern schon lange im Staatsministerium erwogen worden.

Abg. **Schulz** (Berlin, fr. Vp.):

Ich muß mich dagegen verwahren, daß ich hier Klatschgeschichten vorgebracht haben soll (Lachen rechts), sondern hier sind Beschwerden vorgebracht worden, die uns in beglaubigter Form zugegangen sind. Wir werden uns auch im Interesse der Beamten hüten und uns durch nichts provoziren lassen, die Namen der Beamten hier zu nennen. (Lachen rechts.) Es ist eine Unterschiebung, wenn behauptet wird, wir beabsichtigten nur aussichtslose Anträge zu stellen. Aussichtslos wird doch die Erfüllung dieser Anträge nur dadurch gemacht, daß sich eben die eine Seite des Hauses zu den Anträgen ablehnend verhält. (Lachen rechts.) Nicht wir konnten voraussehen, daß Sie in sachlicher Beziehung so wenig Neigung haben würden, die thatsächlich schlechte Stellung der Beamten zu bessern, und wir haben nicht geglaubt, daß nach ihrer Meinung vorgekommene Rücksichtslosigkeiten maßgebend sein könnten, um ganze Beamtenkategorien darunter leiden zu lassen. Es steht Ihnen also **Ihre persönliche Empfindung weit höher als das Wohl der Beamten.** (Große Unruhe. Oho! rechts.) Daß Sie die thatsächlichen Erfolge, die wir vielleicht hätten haben können, vereitelt haben. — dazu brauchten Sie Ausflüchte, Ausreden, Scheingründe, und diese haben Sie darin gefunden, daß angeblich die Art und Weise Ihnen nicht konvenirt hat — nun, das ist eine **Politik der Bosheit,** die wir nicht begreifen können. (Große Unruhe, oho! und Lachen rechts.) Ich bin der Meinung, der ich vorhin Ausdruck gegeben habe, die aber nicht so lautete, daß die Beamten aus meinen Reden ersehen werden, wo ihre Freunde sitzen, sondern daß sie es erkennen werden aus den Anträgen, aus der ganzen Geschäftsordnungsdebatte, aus der Absicht, jeden überhaupt unmöglich zu machen, der beabsichtigt, die Stellung der Beamten im Staate besser zu gestalten, als die Budgetkommission es für gut befunden hat. (Beifall links.)

Finanzminister Dr. **v. Miquel:**

Daß die Beamten ihren Namen nicht nennen, bedauere ich, und deswegen kann ich nur an meiner Ansicht festhalten, daß die ganze Geschichte auf Klatsch hinausläuft. Ein Abgeordneter, der hier solche Dinge vorbringt, die er nicht genau erweisen kann, vermindert selbst sein Ansehen vor dem Hause.

Abg. Graf **Limburg-Stirum** (kons.):

Wir haben, meine ich, alles Interesse daran, den verbindlichen Ton, der bisher hier geherrscht hat (Rufe links: Na! na! Rufe rechts: Ruhe!), zu erhalten. Wir in der Majorität haben diesen Wunsch. Die Geschäftsordnung giebt auch der Minorität die Wege an, Anträge vorzubereiten. Ich wundere mich, daß Herr Kollege Wiemer solche Anträge, wie sie heute von seinen Freunden gestellt worden sind, nicht in der Budgetkommission, der er angehört, eingebracht hat. Daß Herr Schulz solche Anträge stellt, ist ja vielleicht verständlich, denn er war nicht in der Kommission. Wenn hier die linke Seite für sich in Anspruch nimmt, durch ihre Anregungen im Reichstag die Gehaltsaufbesserungen der Beamten in die Wege geleitet zu haben, so kann ich nur sagen, wenn die Wirthschaftspolitik, die Sie (nach links) vertreten, durchgegangen wäre, dann würde die Finanzlage der Einzelstaaten und des Reiches so schlecht sein, daß von einer Aufbesserung nicht die Rede sein könnte. (Widerspruch links.) Sie haben also nicht das Recht, solche Behauptungen aufzustellen. Die Vorlage ist gut durchgearbeitet, aber im Einzelnen so verwickelt, daß man sie erst voll versteht, wenn man öfter den